DSTG

August 2004
Jahrgang 08

Blickpunkt Niedersachsen

Nr. 45

Mitgliederinformation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Niedersachsen e.V.

Geplante Streichung der Sonderzuwendungen ab 2005

"Die Lage ist dramatisch. Wir setzen dennoch unseren Konsolidierungskurs konsequent fort. Nur so bleibt Niedersachsen handlungsfähig. Wir halten unser Versprechen, die Neuverschuldung im Haushalt 2005 auf 2,15 Milliarden Neuverschuldung abzusenken und damit gegenüber dem Vorjahr um 350 Millionen Euro zurückzuführen. Und wir setzen Prioritäten für Bildung, Arbeitsplätze und innere Sicherheit." So Ministerpräsident Christian Wulff und Finanzminister Hartmut Möllring am 30.06.2004, am zweiten Tage der Kabinettsklausur in einer Presseerklärung.

Weil die Personalkosten den größten Ausgabeblock des Landeshaushaltes darstellen, und eine Konsolidierung nach Auffassung des Finanzministers nur mit einer Reduzierung der Personalkosten gelingen kann, wurde kurzerhand die Zahlung der ohnehin auf 50 % reduzierten Sonderzuwendung gestrichen.

Und das, obwohl im August des letzten Jahres noch die Rede davon war, dass mit der Reduzierung der Sonderzuwendung auf 50% und Verteilung dieses Betrages auf 12 Auszahlungen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nunmehr ihren Sparbeitrag geleistet hätten.

Ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, ein Schlag ins Gesicht aller unserer Kolleginnen und Kollegen in der Steuerverwaltung, der Verwaltung, die letztlich für die Einnahmen des Staates verantwortlich sind.

Die Schmerzgrenze ist erreicht! Dort, wo der Staat seine eigenen Staatsdiener in die Sozialhilfe treibt, kann von ausgeübter Fürsorgepflicht keine Rede mehr sein. Beschäftigte des Landes Niedersachsen haben dem Land Niedersachsen einen Treueschwur geleistet, der bereits seit langem einseitig gebrochen wird. Mit der Streichung der Sonderzuwendungen werden vielen unserer Kolleginnen und Kollegen finanzielle Mittel genommen, die gerade im Bereich des mittleren Dienstes dringend benötigt werden.

Inzwischen mussten wir zu unserem Leidwesen erfahren, dass auch für die Bereiche bis A 8 BBesO keine soziale Komponente in das Streichvorhaben eingebaut worden ist. Mit der Formulierung im Rahmen der Spezifizierung des Konsolidierungsvolumens "Streichung Weihnachtsgeld unter Beibehaltung von Kinderkomponente und sozialer Komponente" ist nicht gemeint, dass die unteren

Fortsetzung siehe Seite 2

Aus dem Inhalt:

Landesverbandstag 2004 am 06. und 07. September in Celle
Laufbahnprüfungen in Rinteln und Bad Eilsen

Protestveranstalungen des dbb

Lüneburg am 07. September 2004
Oldenburg am 13. September 2004
Osnabrück am 08. September 2004
Hannover am 14. September 2004

Nutzen Sie alle die Möglichkeiten - zeigen Sie der Politik deutlich und unmissverständlich - So nicht!

LANDESVORSTAND

Fortsetzung von Seite 1

Besoldungsgruppen wie beim Urlaubsgeld einen Betrag in Höhe von 120 Euro zzgl. 25,56 Euro Kinderkomponente erhalten werden, sondern hierdurch soll verdeutlicht werden, dass die Zahlung im Monat Juli nicht entfällt.

Die Politik erwartet Motivation von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Wir fragen unseren Finanzminister, wo soll Motivation sich einstellen, wenn finanziellen Nöte existenzbedrohlich sind?

Viele Mitglieder in unseren Ortsverbänden haben der Politik mit ihren Briefen, in Gesprächen mit den Landtagsabgeordneten, aber auch durch Plakataktionen in der Zwischenzeit gesagt, was sie von der beabsichtigten Streichung der Sonderzuwendungen halten.

Sehr geehrter Herr Möllring, wir fordern Sie auf, die Beiträge unserer Beschäftigten ernst zu nehmen! Dort wo unsere Kolleginnen und Kollegen ihre finanziellen Nöte so weit offen legen, wie es hier geschieht, drückt der Schuh ganz gewaltig.
Leider mussten wir aus einigen Diskussionen hören, dass Politiker über die finanzielle Situation gerade der Beschäftigten des mittleren Dienstes nicht ausreichend informiert waren. Bitte bedenken Sie, dass das Land für seine Beschäftigten verantwortlich ist; ein Hinweis auf die Möglichkeit der Beantragung von Wohngeld kann nicht die Lösung darstellen.
Von seiten des Landesvorstandes und hier speziell von unserem Landesverbandsvorsitzenden Jürgen Hüper werden natürlich intensive Gespräche mit unserem Finanzminister und unserem Staatssekretär geführt, in denen die bereits vorgenommenen finanziellen Einschnitte beginnend mit der Einfrierung der Sonderzuwendung auf dem Stand von 1993 bis hin zur wiederholten Kürzung bei Beihilfen, damit verbundenen Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge, sowie der versorgungs- und besoldungsrechtlichen Verschlechterungen, die zu erheblichen Einschnitten geführt haben, ausführlich dargestellt werden. Vergessen wird ebenfalls nicht die Tatsache, dass immer auch Abkoppelungen der Gehaltserhöhungen vom Zeitpunkt der Tariferhöhungen stattgefunden haben.

Keine andere Gruppe der Bevölkerung in Niedersachsen hat auch nur annähernd so viel zur Konsolidierung des Landeshaushaltes beigetragen hat, wie die Beamtinnen und Beamten!

Um die Betroffenheit eindrucksvoll zu demonstrieren, werden im September 2004 vier Protestkundgebungen in Lüneburg, Osnabrück, Oldenburg und Hannover durchgeführt.

Wir fordern alle Beschäftigten auf, sich diesen Protestkundgebungen anzuschließen. Denken Sie daran, nur gemeinsam lässt sich etwas verändern!

An Ihrer Gesundheit sollte nicht gespart werden!

Egal ob Sie gesetzlich versichert oder beihilfeberechtigt sind, die Kostenbeteiligung der Patienten steigt. Private Vorsorge wird immer wichtiger.

Seit Jahren bietet die Debeka sowohl Beamten als auch gesetzlich Krankenversicherten vielfältige Versicherungsmöglichkeiten, individuell abgestimmt auf den persönlichen Bedarf.

Möchten auch Sie von den hohen Leistungen und günstigen Beiträgen profitieren? Dann entscheiden Sie jetzt über Ihre persönliche Krankheitsvorsorge und sprechen Sie mit uns. Wir unterbreiten Ihnen einen Versorgungsvorschlag.

Die Debeka-Gruppe – überzeugende Testergebnisse!

Capital
4/04, 1/04, 25/03

FINANZtest
12/03, 11/03, 10/03

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.
Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.

Landesgeschäftsstellen in Niedersachsen: Bremen, Ostertorstraße 36, 28195 Bremen, Telefon (0421) 365030; **Hannover,** Bernstraße 1, 30175 Hannover, Telefon (0511) 348400

DAS MEINT JÜRGEN HÜPER

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der letzten Ausgabe des Blickpunkts hatte ich auf die bevorstehende Klausurtagung der Landesregierung hingewiesen und meine Befürchtung geäußert, dass dabei für die Beamtinnen und Beamten des Landes weitere Einkommensverschlechterungen herauskommen. Dass aber mit dem Wegfall der Sonderzuwendung in derart unverschämter Weise auf dem Rücken der Beamtenschaft ein Großteil des Haushalts saniert werden soll, ist eine bodenlose Frechheit.

Die Brüningschen Notverordnungen lassen grüßen.

Es wird völlig außer Acht gelassen, dass die Sonderzuwendung keine freiwillige Leistung ist, sondern ein in der Vergangenheit erkämpfter Bestandteil des Gehalts, der nur des besseren äußeren Anscheins wegen als sog. 13. Monatsgehalt gezahlt wurde. Zu keiner Zeit wurde den Beamten von einer Landesregierung in so kurzer so hemmungslos das Gehalt gekürzt wie von dieser. Wenn sich dann der Ministerpräsident im Fernsehen hinstellt und von einer gerechten Lastenverteilung für alle Bürger spricht, dann muss ich mich fragen, ob Beamte denn keine Bürger sind. Erst wird das Gehalt gekürzt, in den Eingangsbesoldungen des mittleren Dienstes bis hin zum Sozialhilfesatz, zusätzlich sind aber auch alle finanziellen Einschnitte, die alle Bürger betreffen, zu tragen. Wo bleibt bei dieser Mehrfachbelastung die Gerechtigkeit, zumal Politik in der Gesundheits- und Altersvorsorge mehr Eigenverantwortung fordert, was nichts anderes bedeutet, dass weitere finanzielle Belastungen zugemutet werden.

Da uns ein Streikrecht verwehrt ist, kann die logische Folge doch nur sein, dass jeder nur noch die Leistung erbringt, für die er auch bezahlt wird.

Ich danke an dieser Stelle allen, die mit ihren Beiträgen konstruktive Vorschläge gemacht haben, wie wir uns wirkungsvoll zur Wehr setzen können. Auch diejenigen, die durch Schilderung der persönlichen Betroffenheit versucht haben, den Abgeordneten klar zu machen, was die Streichung der Sonderzuwendung bedeutet, gebührt mein Dank. Die Einbindung des Handels mit dem Hinweis auf künftig schwindende Kaufkraft wird Wirkung in der Öffentlichkeit zeigen. All diese Vorschläge sind für unsere Arbeit sehr hilfreich und sollten Anregung und Ermunterung für weitere Kolleginnen und Kollegen sein, auch etwas zu tun. Denn noch ist der Landtag der Souverän und er beschließt über den Haushalt 2005. Ich hoffe, dass zumindest einigen Abgeordneten klar wird, was die Streichung für viele Kolleginnen und Kollegen bedeutet und dass sie als gewählte Interessenvertreter der Bürger dieser Landesregierung Einhalt gebieten. Welche Motivation erwartet man eigentlich noch von unseren Kolleginnen und Kollegen, die durch ihre Arbeit für die Einnahmen sorgen sollen, die politisches Handeln erst ermöglichen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich appeliere an Sie alle: Gehen sie zu den Protestkundgebungen, die der dbb niedersachsen mit seinen Mitgliedsgewerkschaften im September **vor den Haushaltsberatungen** im Lande durchführt und zeigen Sie durch Ihre Teilnahme, dass Sie mit den Beschlüssen der Landesregierung nicht einverstanden sind. Vorgesehen sind Protestkundgebungen

Am 7. September 2004 in Lüneburg, am 8. September 2004 in Osnabrück, am 13. September 2004 in Oldenburg und am 14. September 2004 in Hannover.

Inzwischen sind erstmalig nicht alle Anwärter, die ihre Prüfung erfolgreich abgelegt haben, als Beamte auf Probe übernommen worden, obwohl wir auch diese jungen Beamtinnen und Beamten dringend benötigen. Aber auch hierfür waren Haushaltszwänge ausschlaggebend. Durch geduldiges Verhandeln mit den Verantwortlichen im Finanzministerium konnte jedoch zumindest die Finanzierung der Übernahme von 75 v.H. der Anwärter gesichert werden. Ohne eine Teilfinanzierung der noch fehlenden Haushaltsmittel aus Sachkosten wären weitere personalwirtschaftliche Einschränkungen erforderlich gewesen.

Ob und wie viel Anwärter in 2005 eingestellt und wie viel der fertigen Anwärter im nächsten Jahr übernommen werden können, steht derzeit noch nicht fest und auch darüber muss noch verhandelt werden.

Gleichzeit soll in dieser Legislaturperiode ein Personalabbau von 600 Beschäftigten erfolgen, dem bislang noch keine Aufgabenreduzierung gegenüber steht.

Im Zeichen derart unruhigen Fahrwassers findet am 6. und 7. September 2004 unser Landesverbandstag in Celle statt. Neben der Beschlussfassung über zahlreiche Anträge, die sich in großen Teilen mit dem Dienst- und Besoldungsrecht befassen, stehen Neuwahlen für den Landesvorstand an, der in den nächsten 4 Jahren das Schiff DSTG Niedersachsen steuern soll. Erfreulich ist, dass sich eine erhebliche Anzahl jüngerer Kolleginnen und Kollegen bereit erklärt hat, diese ehrenamtliche Tätigkeit in den nächsten Jahren mitzugestalten. Ich bin optimistisch, dass nach dem Landesverbandstag wieder eine motivierte Mannschaft die Geschicke der DSTG in die Hand nehmen wird.

Bis dahin wünscht Ihnen alles Gute

Ihr

Jürgen Hüper

LANDESVORSTAND

DSTG Landesverbandstag 2004 am 06. und 07. September 2004 in Celle

Der Landesverbandstag ist nach unserer Satzung das oberste Organ unseres Landesverbandes. Er findet alle vier Jahre statt - am 06. und 07. September 2004 ist die Congress Union Celle (CUC) in der Stadt Celle der "Austragungsort".

Es werden rund 180 Delegierte aus den Ortsverbänden teilnehmen. An den zwei Tagen steht für die Kolleginnen und Kollegen ein gut gefülltes Arbeitsprogramm auf der Tagesordnung. Neben einer umfangreichen Beratung von Anträgen, die die Grundlage für die gewerkschaftliche und gewerkschaftspolitische Arbeit des DSTG in den kommenden vier Jahren darstellen, wird auch der Landesvorstand der DSTG Niedersachsen neu gewählt.

Vorgesehener Ablaufplan

Sonntag, 05. September 2004

11:00 Uhr	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes
14:00 Uhr	Sitzung des Landesvorstandes Anreise der Delegierten und Anmeldung im Tagungsbüro
19:00 Uhr	Gemeinsames Abendessen in der CUC

Montag, 06. September 2004

bis 08:30 Uhr	Anreise der übrigen Delegierten und Anmeldung im Tagungsbüro
09:00 Uhr	Beginn der Arbeitstagung
12:30 Uhr	Gemeinsames Mittagessen
12:30 Uhr	Pressekonferenz des neuen Geschäftsführenden Vorstandes
14:00 Uhr	Öffentliche Veranstaltung
19:30 Uhr	Beginn der Abendveranstaltung

Dienstag, 07. September 2004

09:00 Uhr	Fortsetzung der Arbeitstagung
ca. 12:00 Uhr	Imbiss - Ende Landesverbandstag
ca. 12:15 Uhr	Sitzung des neuen Landesvorstandes

FINANZSPORT

Bericht über das 49. Internationale Finanzsportturnier im ungarischen Hévíz

Mit strahlendem Sonnenschein empfingen die ungarischen Veranstalter des 49. Internationalen Finanzsportturniers vom 06. bis 11. Juni dieses Jahres ihre Gäste aus Frankreich, Österreich, Belgien, Luxemburg, Griechenland und Deutschland in der Bäderstadt Hévíz. Der Ort war nicht nur für die Eröffnungsfeier gut gewählt, auch für den weiteren sportlichen Verlauf in den Sportarten Fußball, Tennis, Tischtennis und Schach bot er hervorragende Voraussetzungen. Als einziger niedersächsischer Teilnehmer, qualifiziert bei den Deutschen Meisterschaften in Jena, startete Stefan Hübner vom Niedersächsischen Finanzministerium in der Tischtennismannschaft.

In einem gewohnt stark besetzten Teilnehmerfeld belegte die deutsche Tischtennismannschaft den sechsten Platz. Nachdem zum Auftakt das erste Spiel gegen den späteren Vizeeuropameister Frankreich unglücklich verloren wurde, folgten Niederlagen gegen den späteren Europameister Griechenland, Ungarn und Österreich. Ein verdienter Sieg gegen Luxemburg ermöglichte gegen Belgien das Spiel um Platz fünf. Nach einer 2:1 Führung und hartem Kampf verloren die Deutschen knapp mit 3:4 und mussten sich mit Platz sechs begnügen. Ein Erfolg war dennoch zu verzeichnen, denn das Team gab die im letzten Jahr erworbene „Rote Laterne" an Luxemburg ab. Bester Akteur der deutschen Mannschaft war Stefan Hübner mit einer Einzelbilanz von 7:5.

Den sportlich erfolgreichsten Teil stellten die Schachspieler mit dem Titel des Vizeeuropameister. Mit einer bravourösen Leistung lagen Sie am Ende denkbar knapp hinter Frankreich. Hajo Vatter aus Karlsruhe wurde zudem gemeinsam mit einem französischen Schachspieler bester Einzelspieler.

Auch die Tennisspieler trafen auf starke Gegner und landeten am Ende auf einem guten vierten Tabellenplatz. Dabei war Alexander Tapesse aus Gladbeck mit 6:0 Siegen bester Spieler des Tennisturniers. Europameister wurde Griechenland.

Die deutsche Fußballmannschaft bestand aus einer Auswahl der Oberfinanzdirektion Kiel, die sich bei den Deutschen Meisterschaften gegen das Finanzamt Heidelberg durchsetzen konnte. In den Gruppenspielen erreichte das deutsche Team einen 4:3 Sieg gegen Belgien im Elfmeterschießen. Durch eine 1:6 Niederlage gegen den späteren Vizeeuropameister Österreich spielten die Fußballer um Platz drei. Hier verlor man gegen Frankreich 0:3, war aber dennoch mit dem vierten Platz sehr zufrieden. Ungarn gewann das Finale gegen Österreich mit 2:0.

Stefan Hübner, MF

Personalratsarbeit - das unbekannte Wesen

Personalräteschulung der DSTG an der Landesfinanzschule Bad Eilsen

Worum habe ich mich zu kümmern? Kann ich die Planungen des Vorstehers zur Einführung der Anmeldesteuerstelle an die betroffenen Kollegen weitergeben? Habe ich überhaupt eine Einflussmöglichkeit bei einem beabsichtigten Dienstpostenwechsels eines Kollegen? Einige der Fragen, die mich als Neuling im Personalrat seit den Wahlen im März beschäftigt haben. Auch viele andere neu gewählte Kolleginnen und Kollegen haben diese Fragen gehabt, so dass wir uns zu den Personalräteschulungen des DSTG Landesverbandes in der Landesfinanzschule angemeldet hatten. Das erste Seminar fand nun vom 26.07.-28.07.2004 unter der Leitung von Gerd Holthuis, Uschi Japtok, Henriette Schmager und Thorsten Balster in Bad Eilsen statt.

Der erste Morgen wurde nach der Begrüßung mit einer kleinen Vorstellungsrunde begonnen in der auch die ersten Erwartungen an das Seminar sowie die anzusprechenden Themen abgefragt wurden. Im weiteren Verlauf des Vormittags stellte Thorsten die allgemeinen Vorschriften des Personalvertretungsgesetzes vor. Einen breiten Raum nahmen dabei die Fragen zur Schweigepflicht ein. Hierbei wurde uns deutlich, dass eine Verletzung der Schweigepflicht sogar ein gerichtliches Nachspiel haben könnte. Nur Angelegenheiten, die offenkundig sind bzw. keiner Geheimhaltung bedürfen, können an die Kolleginnen und Kollegen weitergegeben werden. Im Zweifelsfall ist daher die Geheimhaltung angebrachter. Am Nachmittag wurde aufgrund einer Karten-Abfrage von uns folgende Beantwortung verlangt: Wie kann der Personalrat wirken? Mit welchen Themen beschäftigt sich der Personalrat? Was sind die Grundlagen für Personalratsarbeit? Welche Fragestellungen ergeben sich für den Personalrat? Beim Durchgehen der Antwortkarten wurden von Uschi Japtok viele Fragen und Themen bereits ausführlich erörtert und beantwortet.

Der zweite Tag wurde mit einer Gruppenarbeit zur Vorbereitung und Durchführung einer Personalversammlung begonnen. Anschließend wurde in einem Rollenspiel eine solche Personalversammlung simuliert. Diese Personalversammlung war dadurch gekennzeichnet, dass die Beschäftigen sich lebhaft eingemischt hatten, so dass der PR-Vorsitzende ziemlich gefordert war. Im weiteren Verlauf des Tages wurden die Begriffe „Maßnahme“, „Mitbestimmung“ und „Benehmensherstellung“ an Hand einer 29 Punkte umfassenden Tagesordnung erarbeitet. Dabei wurden sämtliche möglichen Betätigungsfelder eines Personalrates rechtlich umfassend erörtert. Der letzte Tag begann mit der Durchführung eines Rollenspiels. Dieses sollte eine Personalratssitzung mit dem anschließenden „Vierteljahresgespräch“ nach § 62 NPersVG mit der Dienststelle simulieren. Umstritten war dabei die vom Bediensteten nicht gewollte Umsetzung von der Körperschaftstelle in die Betriebsprüfung und der Widerruf eines mobilen Arbeitsplatzes. Dabei wurde schnell klar, dass nicht alle Angelegenheiten sofort entschieden werden können, sondern dass bei einer vernünftigen Personalratsarbeit viele Gespräche notwendig sind. Weiterhin wurden von Gerd Holthuis die rechtlichen Gegebenheiten zur Jugend- und Auszubildendenvertretung vorgestellt. Durch das Vorstellen eines möglichen Jahreskalenders wurde deutlich, dass der Personalrat diese Arbeit mit begleiten sollte. Nach einer kurzen Vorstellung des Arbeits- und Gesundheitschutzes konnte abschließend der Bezirkspersonalratsvorsitzende Günther Abeling die Arbeit der Stufenvertretung vorstellen und auch die rechtlichen Möglichkeiten bei der Versagung einer Zustimmung darlegen.

Bei dem abendlichen Erfahrungsaustausch abseits des Lehrsaales dominierten als Themen die Entscheidungen der Landesregierung zur Abschaffung der Sonderzuwendung, sowie zur Einstellungsquote von nur 75 %. Da gleichzeitig in Bad Eilsen die letzten mündlichen Prüfungen des gehobenen Dienstes abgenommen wurden, bekamen wir hautnah die menschliche Tragik vom Auswahlverfahren mit. Bleibt zu hoffen, dass sich diese Landesregierung zum menschlichen Handeln zurückorientiert.

Wir neuen Personalräte waren alle der Meinung, dass diese 3 Tage Seminar für die tägliche Arbeit wertvoll sind. Vieles konnte sicherlich nur angerissen werden, so dass Aufbaukurse mit etwas erfahreneren PR-Mitgliedern angedacht werden sollten.

Stefan Tannhäuser, Finanzamt Sulingen

Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Arbeit vertieft.

AUSBILDUNG

Laufbahnprüfungen 2004 für den mittleren und gehobenen Dienst

Die diesjährigen mündlichen Prüfungen unserer Kolleginnen und Kollegen des mittleren und des gehobenen Dienstes, die im Juli 2004 in der Landesfinanzschule in Bad Eilsen stattfanden, waren von der Frage der Übernahme in den Dienst der niedersächsischen Steuerverwaltung überschattet.

Die Steuersekretäre/innen und Steuerinspektoren/innen in spe gaben sich alle Mühe, ihre mündliche Prüfung ungeachtet dieser Frage zu absolvieren, dennoch wurde deutlich, dass die Stimmung gegenüber den letzten Jahrgängen deutlich gedrückter war.

Alle Anwärter und Anwärterinnen, die zur mündlichen Prüfung zugelassen worden waren, haben die Prüfung bestanden. Angesichts der schwierigen Materie und der Rahmenbedingungen eine außergewöhnliche Leistung, zu der wir allen ganz herzlich gratulieren.

Für den Bereich des mittleren Dienstes fand am 13. Juli 2004 die Abschlußfeier mit der Überreichung der Urkunden zum Finanzwirt/in statt; für den Bereich des gehobenen Dienstes wurden die Diplomierungsurkunden am 27. Juli 2004 in Rinteln ausgehändigt. Die Festreden wurden von Finanzpräsident Dr. Hasselmann, sowie von Finanzminister Möllring gehalten.

Am Tag nach der jeweiligen Abschlußfeier wurde in der Oberfinanzdirektion Hannover unter Beteiligung der Personalvertretung und der jeweiligen Bezirks-frauenbeauftragten die Auszählung der jeweiligen 75 % vorgenommen. Eine Aufgabe, um die sicherlich keiner der Beteiligten zu beneiden war. Im Anschluß daran wurden sofort die Vorsteher und Vorsteherinnen der Finanzämter benachrichtigt, denen dann die Aufgabe zufiel, die Betroffenen zu unterrichten.

Im Bereich des gehobenen Dienstes hatten bereits im Vorfeld acht der Laufbahnabsolventen/innen signalisiert, dass sie nicht übernommen werden wollten. Eine weitere Kollegin hat dieses im Rahmen der Übergabe der Ernennungsurkunde durch den Vorsteher getan, so dass der nächsten Kollegin auf der Liste die Chance auf Übernahme eingeräumt werden konnte.

Übernommen wurden alle Anwärter, die als ehemalige Bundeswehrsoldaten auf einer sog. SVG-Stelle eingestellt worden sind. Die Nutzung einer SVG-Stelle durch einen Eingliederungsschein der Bundeswehr schließt die zwingende Übernahme ein, wenn die Laufbahnprüfung erfolgreich abgeschlossen wurde.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen einen guten Werdegang innerhalb und außerhalb der Steuerverwaltung.

Kurz notiert

Beihilfe

Im Blickpunkt Nr. 43 hatten wir berichtet, dass rezeptfreie, aber apothekenpflichtige Medikamente grundsätzlich von der Beihilfe nicht mehr übernommen werden; der Zeitpunkt hierfür jedoch von einer Änderung der Apotheken-betriebsverordnung abhängig ist.
Die Verordnung zur Änderung der Apotheken-betriebsverordnung ist nunmehr am 20.07.2004 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 1611) veröffentlicht worden und tritt am Tage nach der Verkündigung in Kraft. Die Apotheken sind ab diesem Zeitpunkt verpflichtet, auf Verordnungen von Arzneimitteln ein bundeseinheitliches Kennzeichen (Pharmazentralnummer) anzubringen. Die Regelungen des § 6 Abs. 1 Nr. 2 und § 17 Abs. 3 S. 2 BhV sind grundsätzlich ab diesem Zeitpunkt anzuwenden. Im Hinblick auf Aspekte des Vertrauensschutzes der Beihilfeberechtigten erfolgt die Anwendung lt. Bundesministerium des Inneren spätestens für Aufwendungen, die ab dem 01. August 2004 entstehen.

Landesfrauenvertretung
Steuerfreibetrag für Alleinerziehende gilt jetzt auch für Kinder über 18 Jahre

Rückwirkend zum 01. Januar 2004 erfolgt die Korrektur hinsichtlich des Wegfalls der günstigen Steuerklasse II für Alleinerziehende. Auf Beschluss des Bundestags-Finanzausschusses können nun auch Alleinerziehende (auch mit Wohnsitz bei den eigenen Eltern) mit einem Kind über 18 Jahren den zusätzlichen Steuerfreibetrag von 1.308,- € geltend machen, solange der Staat für dieses Kind noch Kindergeld gewährt. Die Neuregelung gilt allerdings nicht für unverheiratete Paare, sondern nur für „echte“ alleinerziehende Mütter oder Väter es sei denn, der Partner ist schwerbehindert oder pflegebedürftig.

Steuerrechtsseminar der DSTG-Bund für Betriebsprüfer

Im Juli 2004 fand in Bonn-Königswinther ein Steuerrechtsseminar für Betriebsprüfer statt. Für Niedersachsen war hier ebenfalls ein Platz vorgesehen, auf den sich u.a. ein Betriebsprüfer von Finanzamt Nienburg/Weser beworben hatte. Nach der Rückmeldung dieses Kollegen handelte es sich hierbei um ein äußerst interessantes und informatives Seminar, das er unbedingt weiter empfehlen kann.

LANDESVORSTAND

Am 21. / 22. Juni 2004 fand die diesjährige zweite Sitzung des Landesvorstandes in Altensalzkoth statt.

Neben einigen anderen Tagesordnungspunkten nahm die Vorbereitung des Landesverbandstages am 06. und 07. September 2004 in Celle und hier insbesondere die Beratung der von den Ortsverbänden, der DSTG-Landesfrauenvertretung und der DSTG-Jugend eingereichten Anträgen einen breiten Raum ein.

Insgesamt wurden rund 130 Anträge vorgelegt, die z.T. nach eingehender Diskussion mit einem Votum des Landesvorstandes versehen wurden. Sie werden nach dem Landesverbandstag die Grundlage für die Arbeit des dann neugewählten Landesvorstandes bilden.

Aus dem Spektrum der Anträge sind die vielfältigen Sorgen und Nöte unserer Mitglieder vor Ort erkennbar. Neben den finanziellen Einschnitten durch die Politik beschäftigen sich die Anträge auch mit der Steuergesetzgebung und der daraus resultierenden Personal- und Arbeitssituation in den Finanzämtern. Hinter allem steht die Frage, warum dem maroden Haushalt nicht wenigstens zu einem gewissen Anteil mit der Festsetzung und Erhebung von Steuern nach Maßgabe der vorhandenen gesetzlichen Vorschriften begegnet werden kann. Stelleneinsparungen führen zu immer weiteren Vereinfachungsregelungen bei der Bearbeitung der jeweiligen Steuerfälle und damit im Ergebnis zur Nichtausschöpfung vorhandener Steuerquellen. Dabei läßt die immer komplizierter werdende Steuergesetzgebung den Steuerbeamten und Steuerbeamtinnen kaum eine andere Wahl. Die Einführung des Alterseinkünftegesetzes z.B. wird nach Einschätzung der DSTG dazu führen, dass ab dem Jahre 2005 ca. 1,3 Millionen Rentner erstmals der Steuerpflicht unterliegen werden. Und das bei immer geringer werdendem Personalbestand.

Diskutiert wurde im Rahmen der Landesvorstandssitzung auch die Thematiken für Entschließungsanträge. Die Entschließungen werden z.Zt. ausgearbeitet und den Delegierten gesondert vorgelegt.

Hinzuweisen ist noch, dass die Klausurtagung der Landesregierung am 29. / 30.06.2004 also erst nach der Landesvorstandssitzung - stattgefunden hat.

Informationen und Hinweise zum Landesverbandstag 2004 finden sie auch in diesem Blickpunkt (Seite 4).

Gastbeitrag von Stefan Wenzel, MdL - Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Haushaltskonsolidierung in Niedersachsen

Grüne: Finanzminister Möllring hintertreibt die Bekämpfung von Steuerbetrug

Die Einnahmeverwaltung des Landes Niedersachsen könnte einen gewichtigeren Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes leisten, wenn sich die Landesregierung für wirklich leistungsfähige Finanzämter einsetzen würde. Leider ist das Gegenteil der Fall. Den Plänen des Finanzministers zum Personalabbau stehen keine sinnvollen oder nachvollziehbaren Pläne zum Aufgabenabbau gegenüber. In der Konsequenz wird es zu einer weiteren Arbeitsverdichtung oder zu weiteren Lücken bei der Bearbeitung von Steuererklärungen, bei der Betriebsprüfung oder bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung kommen.

Allein der bundesweite Umsatzsteuerbetrug wird von Experten auf 17 bis 22 Mrd. Euro jährlich geschätzt. Auch die phantasievolle „Steuergestaltung“ großer Konzerne erfordert neue Antworten und schlagkräftige Steuerverwaltungen mit hervorragend qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Jeder nicht eingetriebene Steuereuro, der aufgrund geltenden Rechts gezahlt werden müßte, vergrößert den Konsolidierungsdruck im Landeshaushalt. Wenn dieser Konsolidierungsdruck zu schlecht ausgestatteten Steuerverwaltungen und damit zu weiteren Steuerausfällen führt, wird der Vorgang skandalös. Zudem birgt eine solche Entwicklung ein hohes Maß an Ungerechtigkeit, wo frei nach Ulrich Wickert die Ehrlichen die Dummen wären.

Ein untauglicher Versuch zur Reduzierung des Arbeitsvolumens in der Steuerverwaltung ist bspw. das neue sogenannte „Aussteuerungsverfahren GNOFÄ“. Hier soll durch die Festlegung einheitlicher Kriterien erreicht werden, dass nur noch Fälle mit großer steuerlicher Bedeutung oder mit hohem steuerlichen Ausfallrisiko personell geprüft werden. Der Grossteil der Steuerfälle würde jedoch prüfungsfrei maschinell freigegeben.

Aufgrund verschiedener Untersuchungen ist davon auszugehen, dass eine Personalreduzierung in der Steuerverwaltung ohne eine sinnvolle Verwaltungsreform und ohne eine grundlegende Vereinfachung des Steuerrechts zu Mindereinnahmen führt, die die Personalkosteneinsparung konterkariert.

Notwendige Maßnahmen sind daher:

- Übertragung der Ergebnisse der Modellversuche „Team II“ im Finanzamt Cuxhaven u.a. auf die gesamte Steuerverwaltung. Erforderlich ist eine Abflachung der Hierachien und eine deutlich verstärkte Teamarbeit. Die Umstrukturierung muss durch intensive Fortbildung begleitet werden.
- Vereinfachung des Steuerrechts und Abschaffung von Subventionstatbeständen, die nicht mehr zielführend bzw. kontraproduktiv sind: Eigenheimzulage, Fahrtkostenpauschale, Steuerbefreiung von Flugbenzin, steuerfreie Entsorgungsrückstellungen für Atomkraftwerke.
- Bildung von länderübergreifenden Einsatzgruppen zur grenzübergreifenden und internationalen Steuerfahndung. Verbesserung der Zusammenarbeit mit der europäischen Institution für Betrugsbekämpfung OLAF. Verstärkung des Drucks auf Steueroasen und Off-Shore-Banken.

Für nicht zielführend halte ich die zur Zeit im Rahmen der Föderalismusdebatte diskutierte Veränderung der Zuständigkeit für die Steuerverwaltung. Andere Bundesverwaltungen wie der Zoll, der Bundesgrenzschutz oder die Bundesagentur für Arbeit sind nicht gerade leuchtende Beispiele für effizientes Verwaltungshandeln ganz im Gegenteil. Die erkannten Defizite, wie bspw. eine Verstärkung des Anreizes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung ließen sich sinnvoller über eine weitere Novellierung des Länderfinanzausgleichs erreichen.

Sehr problematisch ist zudem die von der Landesregierung beabsichtigte vollständige Streichung des Weihnachtsgeldes. Wir werden daher prüfen, ob sich diese Maßnahme zumindest teilweise vermeiden ließe, - bspw. im einfachen und mittleren Dienst - wenn man endlich den Missbrauch bei der Beihilfeberechnung unterbindet. Die meisten Ärzte berechnen auch bei einfachen Behandlungen von verbeamteten Bediensteten des Landes den 2,3-fachen Gebührensatz. In der Folge müssen die Landesbediensteten mehr für ihre private Zusatzversicherung aufwenden und das Land muss erhöhte Beihilfekosten begleichen.

Stefan Wenzel, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Impressum:
Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Jürgen Hüper, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511/342044
FAX: 0511/3883902, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstg-niedersachsen.de
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 31059 Hannover
Auflage: 9000 Erscheinungsweise: zweimonatlich
Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.